

<p style="text-align: center;"><b>Ergebnisprotokoll der 4. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 03.12.2015</b></p>
---

Beginn: 16.25 Uhr

Ende: 18.10 Uhr

**Anwesende: I Deputation**

**1. vom Senat**

Herr Senator Dr. Lohse  
Herr Staatsrat Meyer  
Frau Staatsrätin Friderich

**2. von der Bürgerschaft**

**SPD-Fraktion**

Herr Crueger  
Herr Hamann in Vertretung für Herrn  
Senkal  
Frau Sprehe  
Herr Pohlmann

**CDU-Fraktion**

Frau Neumeyer  
Herr Scharf  
Herr Strohmann

**Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saxe  
Herr Bücking

**Die Linke**

Frau Bernhard

**FDP-Fraktion**

Herr Buchholz

**II      *Verwaltung***

Herr Dr. Sünnemann	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
Frau Zimmermann	
Frau Windeler	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Frau Rüpke	
Herr Polzin	
Herr Viering	
Frau Kamp	
Herr Musiol	
Frau Urban	
Herr Eickhoff	
Herr Imholze	
Herr Kurz	
Frau Nanninga	
Herr Dr. Kumpfer	
Frau Pieper	ASV
Herr Donaubaue	BBN

**III     *Gäste***

Herr Judel	Vorstand des Landesverbands der Gartenfreunde Bremen e. V.
------------	--

**IV     *Gastdeputierte***

Herr Schwarz	CDU-Fraktion
Herr Imhoff	CDU-Fraktion
Frau Dr. Schaefer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Schierenbeck	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Janßen	Die Linke

**Herr Pohlmann** begrüßt die Mitglieder und Gäste der 4. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Vor Einstieg in die Tagesordnung informiert **Herr Senator Dr. Lohse** über die aktuellen Entwicklungen zur Ansiedelung eines Abfalllagers in Hemelingen. Bei dem beantragten Abfallzwischenlager in Hemelingen handele es sich um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG). Verfahrensbeteiligte seien dabei der Antragssteller und die Genehmigungsbehörde, das Verfahren sei nicht öffentlich und daher seien weder der Beirat noch die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar Verfahrensbeteiligte. Der/ die Antragsstellende habe ein Recht auf Genehmigung, wenn die Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt seien. Das bedeute, die Verwaltung habe keinen Ermessensspielraum. Eine öffentliche Diskussion kam auf, weil im Genehmigungsverfahren auch eine bauordnungsrechtliche Stellungnahme eingeholt werde, zu der das Einvernehmen mit dem Beirat hergestellt werden müsse. Die Debatte im Beirat werde heute Abend um die baurechtliche Stellungnahme geführt. Gleichwohl habe das Ressort eine Reihe von Fragen aus dem Beirat und aus der Bürgerinitiative erreicht, die auch beantwortet werden würden. Eine Genehmigung könne mit Nebenbestimmungen versehen werden, so dass Anregungen der Bürgerinnen und Bürger ggf. dort einfließen könnten.

Nach dem Unfall in Ritterhude sei das Verfahren ausgesetzt worden, um die Unfallursache zu klären und dadurch ausschließen zu können, dass ein solcher Unfall hier passieren könne. Weiter war es durch das Entgegenkommen des Antragstellers möglich, alternative Flächen zur Ansiedelung zu prüfen. Diese Frage müsse jedoch nach intensiver Prüfung unter Beteiligung der WFB und der betroffenen Unternehmen negativ beschieden werden.

Jetzt sollte der Blick auf die Zukunft gerichtet und erörtert werden, wie weit positive Entwicklungen für Hemelingen insgesamt möglich seien unter den Stichworten Zugänge zur Weser und Attraktivierung von Wegeverbindungen.

**Frau Prof. Dr. Reuther** ergänzt, dass man mit dem Beirat ins Gespräch gekommen sei über ein neues Bild für Hemelingen, was natürlich die Zugänge zum Wasser aber auch die Verbindung zwischen Räumen wie z.B. Schlosspark oder Bahnstraße beinhalte.

TOP 1	<b>Genehmigung der Tagesordnung</b>	
-------	-------------------------------------	--

**Die Vorlage zum Nachtrag TOP 21 h) sowie eine Neufassung zum Nachtrag TOP 13b) liegen als Tischvorlagen vor.**

**Vertagt werden die TOP 6, 8, 12, 18 und 21c).**

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.*

TOP 2	<b>Genehmigung von Protokollen</b> (hier: Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 05.11.2015)	L/S
-------	--	-----

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.*

*Einstimmig*

TOP 3	<b>Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft</b> -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

<b>TOP 4</b>	<b>Bebauungsplan 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I</b>  -Planaufstellungsbeschluss -öffentliche Auslegung -62-/-FB 01-	Vorlage 19/72
--------------	--	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Bebauungsplan 2473 nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des Bebauungsplanes 2473 für ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I (Bearbeitungsstand: 06.11.2015) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des Bebauungsplanes 2473 ein Gebiet im stadtbremischen Überseehafengebiet Bremerhaven zwischen Schleusenstraße, Lohmannstraße und dem Kaiserhafen I (Bearbeitungsstand: 06.11.2015) einschließlich Begründung nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

<b>TOP 5</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 123 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Moselstraße, Pappelstraße und Rückseite Bebauung Langemarckstraße (Umnutzung des Hochbunkers Moselstraße)</b>  -Planaufstellungsbeschluss -64-/-FB 01-	Vorlage 19/73
--------------	---	------------------

Auf die Nachfrage von **Frau Bernhard** zur 25 %- Quote für sozialen Wohnungsbau erklärt **Herr Vierung**, dass sich das Planverfahrens im Anfangsstadium befinde. Wenn sich im Verlauf des Projektes herausstelle, dass über 20 WE errichtet werden, dann gelte selbstverständlich der Senatsbeschluss zur 25% Quote.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Moselstraße, Pappelstraße und Rückseite Bebauung Langemarckstraße (Umnutzung des Hochbunkers Moselstraße) ein Bebauungsplan gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.

Einstimmig

TOP 6	<b>Bebauungsplan 2438 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Funkschneise, Elisabeth-Selbert-Straße, Eggestraße und Osterhop</b>  -zweite öffentliche Auslegung -FB 01-	Vorlage 19/75
-------	--	------------------

-vertagt-

TOP 7	<b>165. Ortsgesetzes über eine Veränderungssperre für ein Grundstück in Bremen Huchting Kirchhuchtinger Landstraße</b> -FB 01-	Vorlage 19/76
-------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem 165. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für das Flurstück 90/5 (Kirchhuchtinger Landstraße 30) im Geltungsbereich des Bebauungsplans 2474 in Bremen-Huchting zu.

Einstimmig

TOP 8	<b>Bebauungsplan 2476 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Hanna-Kunath- Straße, Flughafenallee und Flughafendamm zur Regelung der Art der baulichen Nutzung und zur Änderung von Festset- zungen für Teilflächen des Gewerbegebietes im Geltungsbe- reich des Bebauungsplanes 1917</b> -FB 01-	Vorlage 19/78
-------	--	------------------

-vertagt-

<b>TOP 9</b>	<b>1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen</b> <b>-Charlotte-Wolff-Allee</b> <b>-Holthorster Weg</b> <b>-den „Vereinigten Anstalten Friedehorst“</b>  -Planaufstellungsbeschluss -Beschleunigtes Verfahren (§13 BauGB) -BBN-	Vorlage 19/67
--------------	--	------------------

**Herr Scharf** möchte wissen, ob weiterhin eine Turnhalle dort geplant werde.

**Herr Buchholz** kritisiert, dass lediglich der Sprecherausschuss mündlich informiert wurde, nicht aber der Beirat selbst.

**Herr Donaubauer** berichtet, dass eine Turnhalle für mehrere Nutzer, wie z.B. Friedehorst oder Nebelthau- Gymnasium gemeinsam, schon länger vor Ort und unter Beteiligung von Ortsamt und Beirat diskutiert werde. Der Eigentümer und Projektentwickler habe dazu Finanzierungs- und Baukonzepte vorgelegt. Im Laufe des Änderungsverfahrens solle auch über diese Frage entschieden werden.

Aus rein zeitlichen Gründen habe es mit dem Ortsamtsleiter dazu die Vereinbarung gegeben, den Sprecherausschuss über die Ziele und Zwecke der Planung zu informieren. Es werde aber selbstverständlich eine Beiratsbeteiligung im weiteren Verfahren geben.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass die Frage einer Turnhalle ebenfalls in der Sportdeputation beraten worden sei. Von dort würde ein solche begrüßt werden. Wohnungsbau sei eine wichtige Frage in der Entwicklung von Blumenthal.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen der Charlotte-Wolff-Allee, dem Holthorster Weg und den „Vereinigten Anstalten Friedehorst“ die 1. Änderung des Bebauungsplan 1209 aufgestellt werden soll. Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für das im Übersichtsplan bezeichnete Gebiet in Bremen – Burglesum zwischen der Charlotte-Wolff-Allee, dem Holthorster Weg und den „Vereinigten Anstalten Friedehorst“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB aufgestellt werden soll.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt zur Kenntnis, dass der Flächennutzungsplan Bremen gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst werden soll.*

*Einstimmig*

<b>TOP 10</b>	<p><b>1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 „Science Park“ für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Steingutstraße</li> <li>• Friedhof Grohn</li> <li>• Jacobs University Bremen</li> <li>• Bruno-Bürgel-Straße</li> </ul> <p>-Planaufstellungsbeschluss -Beschleunigtes Verfahren (§13 BauGB) -Öffentliche Auslegung -BBN-</p>	Vorlage 19/84
---------------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass für das im Bebauungsplan (Bearbeitungsstand 23.11.2015) bezeichnete Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgel-Straße ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 1299). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass die 1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgel-Straße im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB aufgestellt werden soll.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgel-Straße (Bearbeitungsstand 23.11.2015) einschließlich Begründung zu.
4. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 1299 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Steingutstraße, Friedhof Grohn, Jacobs University Bremen und Bruno-Bürgel-Straße (Bearbeitungsstand 23.11.2015) einschließlich Begründung öffentlich auszulegen ist.

*Einstimmig*

<b>TOP 11</b>	<p><b>Straßenbenennung Goltermannweg</b></p> <p>-ASV-</p>	Vorlage 19/70
---------------	---	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

*Einstimmig*

TOP 12	<b>Neufassung der Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten</b> - 18 -	Vorlage 19/64	L/S
--------	--	------------------	-----

-vertagt-

TOP 13	<b>Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 09. Monat 2015</b> -12-	Vorlage 19/77	L/S
--------	---	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt Kenntnis.

NACH- TRAG TOP 13a	<b>Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen, Verfahrensvorschlag der Senatorin für Finanzen</b> -1-	Vorlage 19/86	L/S
--------------------------	--	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Ermächtigung des Ressorts gemäß dem Verfahrensvorschlag zur Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen zu.

Einstimmig

NACH- TRAG TOP 13b	<b>Einsparung SUBV zur Auflösung der globalen konsumtiven und investiven Minderausgabe gemäß Senatsbeschluss vom 10. November 2015</b> -1-	Vorlage 19/87	L/S
--------------------------	---	------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt die Einsparpositionen zur Auflösung des anteiligen Kürzungsbetrages SUBV an der globalen konsumtiven Minderausgabe zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 14	<b>Wirtschaftsplan 2016-2017 und Finanzplan 2018-2020 des Sondervermögens Kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall)</b> -232-	Vorlage 19/65	
--------	--	------------------	--

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt den Wirtschaftsplan 2016 bis 2017 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Finanzplan 2018 bis 2020 und den Gebührenbedarf des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) für den Zeitraum 2016 bis 2020 zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 15	<b>Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Abfallortsgesetzes</b> - 23 -	Vorlage 19/66
--------	---	------------------

Herr **Crueger** weist darauf hin, dass hier eine notwendige Umsetzung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes erfolge, wobei allerdings Probleme in der Umsetzung insbesondere in Großwohnanlagen, aber auch in räumlich beengten Innenstadtlagen bedacht werden müssten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, den Gesetzentwurf über den Senat an die Bremische Bürgerschaft zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

*Einstimmig*

TOP 16	<b>Bestellung des Abschlussprüfers für den Jahresabschluss 2015 des Sondervermögens kommunale Abfallwirtschaft (SVAbfall)</b> -232-	Vorlage 19/27
--------	--	------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Bestellung der Fides Treuhand GmbH & Co. KG, Bremen, zur Prüferin des Jahresabschlusses 2015 des Sondervermögens kommunale Abfallentsorgung (SVAbfall) zu.

*Einstimmig*

TOP 17	<b>Verwendung von Investitionsmitteln im öffentlichen Grün</b> -300-	Vorlage 19/38
--------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Durchführung und Finanzierung der Maßnahmen zu.
2. Die Zustimmung der Deputation erfolgt unter dem Vorbehalt der Aufhebung der derzeitigen Haushaltssperre.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr im Bedarfsfall eine Einzelmaßnahme zurückzustellen und stattdessen andere notwendige Maßnahmen der Verkehrssicherung durchzuführen. Bei wesentlichen Änderungen wird der Deputation berichtet.

*Einstimmig*

TOP 18	<b>Neuerlass der Taxenordnung der Stadtgemeinde Bremen</b> -5-	Vorlage 19/79
--------	---	------------------

*-vertagt-*

TOP 19	<b>Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Schweizer Viertel Grundlage für den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln aus dem Programm „Soziale Stadt“</b> -72-	Vorlage 19/47
--------	---	------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Schweizer Viertel für den Einsatz des Städtebauförderprogrammes „Soziale Stadt“.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet um einen Zwischenbericht im 1. Halbjahr 2018.

Einstimmig

<b>TOP 20</b>	<b>Bremer Innenstadt – Einzelhandelsentwicklung und Standort Ansgariquartier</b> -7-	Vorlage 19/62
---------------	---	------------------

Herr Buchholz kündigt an, dass seine Fraktion ein eigenes Konzept vorlegen werde.

Beschluss:

1. Die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Sie bittet, das Konzept zur Zwischennutzung der Immobilie Lloydhof umzusetzen.
3. Sie bittet, das „Arbeitsgremium Perspektiven Ansgaritor“ in der vorgeschlagenen organisatorischen Anbindung einzurichten und erwartet bis zum Frühjahr 2016 einen Bericht zu seinen Empfehlungen und zum weiteren Vorgehen bei der Entwicklung von Lloydhof und Parkhaus Brill.
4. Sie bittet die zuständigen Ressorts die Projekte für die Jahre 2016/2017 zu konkretisieren und umzusetzen.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktionen  
der CDU und der FDP

<b>TOP 21</b>	<b>Berichte der Verwaltung</b>	
<b>TOP 21a)</b>	<b>Sachstandsbericht zur Sanierung und zum Rückbau des Tanklagers Farge</b> - 04-	BdV <b>mündlich</b>

Herr Dr. Kumpfer berichtet, dass der Eigentumsübergang von der Bundeswehr auf die BIMA inzwischen erfolgt sei. Die Betreiberverantwortung für den gesamten Rückbau verbleibe allerdings bei der Bundeswehr und daher bleibe die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren bei den beiden Behörden identisch. Unter diesen Rahmenbedingungen habe der Rückbau begonnen. Die Verbindungen zum Hafen seien komplett gekappt und die Reinigung dieser Verbindungsleitungen dürfte mittlerweile abgeschlossen sein. Von den insgesamt sechzehn, inzwischen geleerten, Behälterblöcken seien sieben bis acht gereinigt. Die dabei anfallenden Treibstoffmengen werden zwischengelagert, sie bewegen sich in einem Umfang von 10 m<sup>3</sup>, die jeweils entsorgt werden. Damit würden keine Mengen mehr gelagert, die den Betrieb als Störfallbetrieb charakterisieren würden. Als nächstes werde die Standsicherheit der Behälterblöcke geprüft. Abhängig von diesem Ergebnis werde über das Ausmaß eines Rückbaus entschieden.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass es für den Rückbau verschiedene Varianten gebe. Eine reine Stilllegung und Reinigung und anschließende Sicherung des Geländes, einen Teilrückbau, so dass man die Anlagen auf keinen Fall noch verwenden könne oder ein kompletter Rückbau.

Bei letzterem habe sie Bedenken, was dabei im Untergrund passiere, abgesehen von den enorm hohen Kosten und der erforderlichen Rodung des Waldes u. a.. Diese drei Varianten würden geprüft werden und sie möchte wissen, in welchem Zeitraum diese Variantenprüfung abgeschlossen sei.

**Herr Janßen** verweist auf ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums zum Rückbau. Darin werde darauf Bezug genommen, dass es ein alternatives Sanierungskonzept gebe, wozu eine Antwort des Bundesministeriums an das Ressort gegangen sei. Er möchte wissen, wie damit weiter verfahren werde. Zumindest beim Verladebahnhof II werde auf die Variantenstudie verzichtet. Er erinnert an die Bitte der Anwohner, einen Runden Tisch einzurichten, um dort weitere Sanierungskonzepte zu diskutieren und einen Austausch sowohl mit dem Beirat als auch mit der Bürgerinitiative zu ermöglichen.

**Herr Schwarz** weist darauf hin, dass die BIMA grundsätzlich dafür da sei, um Bundeseigentum wirtschaftlich zu veräußern. Er möchte wissen, wer nach der Eigentumsübertragung die eventuell für 2018 angedachte Stilllegungsanzeige stellen müsse. Danach habe man noch drei Jahre Zeit wegen der Konzession. Zwar sei mit der Stilllegung begonnen worden. Seiner Erkenntnis nach sei dabei die Verrohrung der Nato- Pipeline gekappt, also vom Hafen in das Tanklager. Wenn man den Güterverkehr nutzen würde, könnte jedoch eine Wiedernutzung des Tanklagers trotzdem stattfinden.

**Herr Dr. Kumpfer** bejaht, dass die Leitung zum Hafen gekappt und von dort eine Befüllung nicht mehr möglich sei. Möglicherweise werde eine Befüllung über die Bahnanlagen technisch möglich bleiben. Allerdings seien sämtliche Behälterblöcke geleert und die Behälter und Rohrleitungen würden gereinigt werden. Nach Abschluss der Reinigung würden die Rohrleitungen teilweise entfernt werden, teilweise müssten sie aus statischen Gründen im Boden verbleiben. Dies sei Gegenstand der Rückbauplanung, die sicher noch das nächste Jahr in Anspruch nehmen werde. Tatsächlich gebe es drei Möglichkeiten. Die erste sei, das Gelände mit einem Zaun zu sichern. Bei der teuersten Variante würden sämtliche Behälterblöcke und der ganze Beton entfernt. Dazwischen liege die weitere Variante. Insofern werde es eine Zwischenlösung geben, indem wesentliche Anlagenteile entfernt, der Bahnhof zurückgebaut und die größten Teile der Rohrleitungen entfernt werden, soweit das ohne ökologischen Schaden in vertretbarem Kostenrahmen möglich sei. Es werden Teile der Behälterblöcke entfernt, wie die Zuwegungen und Schächte usw.. Ob die Behälter verfüllt werden müssen, hänge von deren Standicherheit ab und dafür brauche man die Standfestigkeitsuntersuchung. Eine Entscheidung dazu sollte bis Ende des nächsten Jahres erwartet werden können.

Theoretisch wäre es denkbar, dass jemand entscheiden könnte, die Anlage wieder in Betrieb zu nehmen. Das erfordere dann aber ein erneutes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren. Die Voraussetzungen dafür seien kaum erfüllt. Tatsächlich sei überhaupt nicht absehbar, dass es ein solches Interesse gebe. Der Bund habe erneut nachdrücklich erklärt, dass eine wirtschaftliche Nachnutzung des Tanklagers überhaupt kein Thema sei.

**Frau Dr. Schaefer** betont, dass es für die Menschen vor Ort wichtig sei, dass kein erneutes Risiko im Sinne eines Schadstoffaustritts von diesem Gelände ausgehe. Deswegen sei die Stilllegung und der geplante Rückbau zu begrüßen. Vor Ort gebe es immer wieder Forderungen nach dem totalen Rückbau. Daher bittet sie um eine Risikoabschätzung eines totalen Rückbaus und eine Gegenüberstellung der verschiedenen Varianten. Ein totaler Rückbau stelle zwar zu 100% sicher, dass die Anlage nicht wieder in Betrieb genommen werden könne, berge jedoch viele Probleme, Risiken und Kosten. Das Gelände solle auch langfristig den Bürgerinnen und Bürgern im Stadtteil z.B. zur Naherholung zur Verfügung gestellt werden können. Dies müsse man abwägen.

**Herr Dr. Kumpfer** antwortet, dass ein solcher Bericht Ende nächsten Jahres sinnvoll wäre, wenn die Ergebnisse der Standfestigkeitsuntersuchung vorliegen würden. Auf die Rückfrage von **Herrn Schwarz** ergänzt er, dass der BIMA nur das Eigentum übertragen wurde. Besitzer dieser Anlage sei nach wie vor die Bundeswehr und diese sei auch verantwortlich, bis die Stilllegung erfolgt sei und bleibe daher auch bis 2018 Ansprechpartner.

**Herr Pohlmann** regt an, das Thema in einer der nächsten Sitzungen anhand eines schriftlichen Berichts erneut zu beraten.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 21b)</b>	<b>Sachstand Sonderpostenmarkt im Gebäude Möbel Sander Oslebshausen</b> -6-	BdV <b>mündlich</b>
-----------------	--	------------------------

**Herr Viering** berichtet, dass planungsrechtlich dort ein Sondergebiet Einzelhandel ausgewiesen sei. Der Bebauungsplan setze fest, dass Artikel des täglichen Bedarf, also die Nahversorgung dort unzulässig sei. Lediglich auf einer bestimmten Teilfläche in dem ursprünglichen Möbelmarktgebäude sei im Rahmen des erweiterten Bestandsschutzes ein solcher Einzelhandel möglich. Um diese Fläche gehe es hier aber nicht. In dem großen, ehemaligen Möbelmarkt gelte ansonsten uneingeschränkt, dass der tägliche Bedarf ausgeschlossen sei. Hintergrund sei, dass unweit von dieser Fläche ein relativ neues Nahversorgungszentrum entstanden sei, das mit diesem BPlan geschützt werde. Deswegen gebe es keine Möglichkeit, die Nutzung in der beantragten Form zuzulassen. Angefragt sei ein Sonderpostenmarkt. Auf der anderen Straßenseite war früher bereits der Antrag eines anderen Betreibers auf einen Sonderpostenmarkt mit dieser Begründung abgelehnt worden. Es gehe aktuell um einen Sonderpostenmarkt mit 2.000 m<sup>2</sup>, wovon laut Antragsteller  $\frac{1}{4}$  Waren des täglichen Bedarfs seien, also 500 m<sup>2</sup>. Es gehe neben den Festsetzungen im Bebauungsplan auch um das von der Bürgerschaft 2009 einstimmig beschlossene Kommunale Zentren- und Nahversorgungskonzept Bremen (Zentrenkonzept). Dieses sei in seiner konsequenten Anwendung auch vor Gericht akzeptiert worden, gerade sei dazu ein Fall zugunsten der Stadtgemeinde vor Gericht entschieden worden. Diese Akzeptanz, die sich die Verwaltung mit der konsequenten Anwendung des Zentrenkonzepts erarbeitet habe, solle erhalten bleiben. Dies habe auch die Deputation immer unterstützt. Eine Abweichung davon könnte zukünftig zu Problemen in der Argumentation bei ähnlichen Fällen führen.

**Herr Pohlmann** weist darauf hin, dass die Kommunalpolitikerinnen und -politiker aller Parteien die beantragte Ansiedelung außerordentlich unterstützen.

**Herr Strohmann** kann zwar grundsätzlich die Argumentationslinie der Verwaltung nachvollziehen, weil man damit einen Präzedenzfall schaffen würde. Aber es störten dabei zwei Dinge erheblich: Der Antrag sei Anfang des Jahres gestellt worden und bis jetzt, Anfang Dezember, immer noch nicht beschieden. Wenn die Verwaltung sich so sicher sei, hätte sie schon längst entscheiden können. Rechtlich sei die Argumentation sicher richtig, aber fachlich inhaltlich sehe er es nicht so, dass dieser Markt eine Schädigung des anderen Einzelhandels wäre. Für den Bremer Westen sei der Bereich rund um das Sander-Center ein wichtiger Einzelhandelsstandort. Die Leute vor Ort würden sich darum sorgen, dass dieser Einzelhandelsstandort irgendwann nicht mehr gehalten werden könne. Dieser müsse sich auch refinanzieren können. Ein Sonderpostenmarkt würde dort inhaltlich gut passen. Der Beirat habe sich einstimmig dafür entschieden und die Oslebshauer Bürgerinnen und Bürger würden dahinter stehen. Deswegen würde er das Risiko eingehen, einen Präzedenzfall zu schaffen, weil es inhaltlich zu rechtfertigen wäre.

**Herr Bücking** macht deutlich, dass die Situation eine Zwickmühle sei, weil es einerseits nicht egal sei, was vor Ort diskutiert werde, andererseits sei es schwierig und anspruchsvoll ein Einzelhandelskonzept in der Stadt verbindlich zu machen. Die Hierarchie und Ordnung der Einzelhandelslagen habe eine weitreichende Bedeutung und sei verknüpft mit Verkehrsfragen, mit Wegebeziehungen und mit Agglomerationsvorteilen.

**Herr Strohmann** betont die Wichtigkeit, dass endlich eine Entscheidung getroffen werde, damit sich der Investor darauf einstellen könne. Er erinnert daran, wie flexibel und schnell vor ein paar Jahren zusammen mit der Ortspolitik ein Gesamtkonzept im Bereich Bahnhof erarbeitet

worden war. Damals wurde sehr viel Geld investiert und es wäre schade, wenn dort nun Einzelhandel wegbreche. Die Leidtragenden wären die Menschen in Oslebshausen, wo die Einkaufsmöglichkeiten ohnehin schwierig seien.

**Herr Polzin** ergänzt, dass verkehrsseitig eine mögliche Optimierung im fußläufigen Bereich vom Bahnhof zur Hinterseite, also Richtung Sander geprüft werde. Die Untersuchung sei aber noch nicht abgeschlossen.

**Herr Pohlmann** fasst zusammen, dass die Diskussion deutlich mache, dass man sich erneut damit beschäftigen müsse. Auch die Regionalpolitik müsse in solch einer Frage mit dazu genommen werden. Das Thema sollte wenn möglich in der Januarsitzung erneut besprochen werden.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 21c)</b>	<b>Ergebnisse der Gespräche zum Kleingartenentwicklungsplan 2025</b>	BdV mündlich
-----------------	--	-----------------

-vertagt-

<b>TOP 21d)</b>	<b>Sachstand des Rechtsstreits mit der Telekom</b> -1-	BdV mündlich
-----------------	---	-----------------

**Frau Rüpke** berichtet, dass das Hauptverfahren in der zweiten Instanz gewonnen worden sei. Die Telekom habe eine größere Summe überwiesen, von der allerdings der größte Teil an die Finanzsenatorin zurück überwiesen werden müsse, die vorfinanziert habe. Ein kleinerer Rechtsstreit laufe weiter, dazu sei man im Gespräch.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 21e)</b>	<b>Antrag auf Einrichtung eines Fußgängerüberweges (FGÜ) an der Bushaltestelle „Georg-Henschel-Straße“ in der Senator-Apelt-Straße in Bremen Woltmershausen</b> - ASV -	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<b>TOP 21f)</b>	<b>Verteilung des Erlöses der Bürgerpark-Tombola 2016</b> -3-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Auf die Frage von **Frau Bernhard** bestätigt **Herr Kurz**, dass 2015 alle Anteile an den Bürgerpark-Verein gegangen seien. Dies war eine einvernehmliche Absprache unter den Vereinen gewesen, um die 150-Jahr-Feier des Bürgerparkvereins zu unterstützen.

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

<p><b>NACH-TRAG TOP 21h)</b></p>	<p>„Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Freien Hansestadt Bremen“                  „Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über den Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremUmBOG)“                  -16-</p>	<p>BdV                  schriftlich</p> <p>L/S</p>
----------------------------------	---	--

Beschluss:

*Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Senatsvorlage und den Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über den Umweltbetrieb Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen (BremUmBOG) zur Kenntnis.*

<p><b>TOP 22</b></p>	<p><b>Verschiedenes</b></p>	
<p><b>TOP 22a</b></p>	<p><b>Reduzierung von WiN- Mitteln</b></p>	

**Frau Bernhard** bittet um Aufklärung, ob tatsächlich die WIN Mittel in allen Gebieten um 5% gekürzt werden sollten.

**Herr Pohlmann** erklärt, dass es darum gehe, wie die auch in der Deputation beschlossene Unterstützung für Blumenthal in Kooperation und Solidarität aller Quartiere für das Jahr 2016 weitergeführt werden könne. Für seine Fraktion stehe eine Kürzung dieses Programm auch nur in Ansätzen außer Frage. Eine Absicherung in den Eckwerten und den Haushaltsaufstellungsverfahren sei sicher zu stellen.

**Herr Staatsrat Meyer** berichtet, dass es um einen Solidaritätsbeitrag für Blumenthal gehe, eine geübte Praxis aus der Vergangenheit, und nicht um eine generelle Kürzung der WiN Mittel um 5 %. Die WiN-Mittel seien notwendig, sie stehen auch im Koalitionsvertrag und der Senat berate darüber. Für das Ressort sei klar, dass diese Mittel unbedingt im Haushalt verankert sein sollten.

**Frau Urban** ergänzt, WiN sei ein kommunales Programm, 2013 habe die Baudeputation die dritte Förderperiode beschlossen, 2011 bis 2016. Das betreffe 11 Gebiete in der gesamten Stadt, die über das Bundesprogramm Soziale Stadt flankiert würden. In allen Gebieten gebe es eingespielte Beteiligungsstrukturen. Das Programm sei insgesamt ausgestattet mit 1,75 Mio €. In jedem Gebiet seien Quartiersmanagerinnen und –manager eingesetzt. In Blumenthal gebe es großen Handlungsbedarf, es treffen dort aber nicht die Sozialindikatoren zu, die entscheidend für einen WiN-Mitteleinsatz seien. Es wurde versucht, für Blumenthal mit 20.000 € aus den WiN- Mitteln zu unterstützen, damit dort auch ein Quartiersmanagement eingesetzt werden könne. Dazu sei für den Zeitraum 2014/2015 mit den Quartiersmanagements geeint verabredet und auch durch die Baudeputation beschlossen worden, diese Mittel über eine Umlage, einen Solidarbeitrag der anderen Gebiete darzustellen. Die Erfahrung zeige, dass es immer Rückflüsse gebe, weil Projekte nicht so schnell umgesetzt werden, wie geplant. Dadurch funktioniere es im Prinzip. Für das Jahr 2016 sei ein neuer Beschluss erforderlich. In einer Runde mit den Quartiersmanagements sei dies besprochen worden, woraus das Missverständnis entstanden sei. Die flankierende Förderung für Blumenthal, sei im Prinzip geeint. Grundsätzlich seien jetzt jedoch die Haushaltsberatungen abzuwarten.

**Frau Bernhard** stellt fest, dass in Anbetracht der Bedeutung des Programms eigentlich die Mittel erhöht werden müssten. Es kämen Quartiere hinzu und die Bedarfe und die Integrationsleistung in den Statteilen sei hoch. Tatsächlich gehe es insgesamt um eine um ein Vielfaches höhere Summe, als 20.000 €, die mit der „5%-Klausel“ als Einbehalt mitgeteilt worden sei. Auf-

grund der Planung, die bis 2016 in den Quartieren ja bereits gelaufen sei, sei Kritik und Sorge aus den Stadtteilen an dieser Stelle berechtigt.

**Herr Schwarz** erklärt, dass dem Beirat Blumenthal gesagt wurde, dass die anderen WiN- Gebiete dadurch keinen Nachteil hätten. Die Arbeit vor Ort werde mehr, also müsste generell eher eine Aufstockung der WiN-Mittel erfolgen.

**Herr Pohlmann** stellt fest, dass es mit den einzelnen Quartieren einen Konsens dazu gegeben habe. Um die jetzige Arbeit im Bereich George-Albrecht-Straße auch in 2016 weiter zu führen, sei ein Beschluss erforderlich.

<b>TOP 22a</b>	<b>Sachstand zu einem geplanten Blockheizkraftwerk im Amtsgericht</b>	
----------------	---	--

**Frau Dr. Schierenbeck** spricht eine Vorlage für den HaFA an. Seit zehn Jahren werde darüber gesprochen, im Amtsgericht ein Blockheizkraftwerk (BHKW) zu bauen. Nun liege für den HaFA eine Vorlage vor, wonach ein solches nicht mehr wirtschaftlich sei. Sie möchte wissen, ob das Ressort in diese Entscheidung einbezogen wurde und ob möglich sei, das BHKW doch noch zu verwirklichen. Es gehe um erhebliche CO<sub>2</sub> Einsparungen, rund 1500 t CO<sub>2</sub> pro Jahr.

**Frau Kamp** erklärt, dass der Vorgang in der Zuständigkeit von IB liege. Auf der Arbeitsebene habe das Ressort angeregt, wenn das große BHKW nicht wirtschaftlich betrieben werden könne, auf jeden Fall die Alternative zu prüfen, ein kleineres BHKW zu bauen. Es wurde auch auf Fördermöglichkeiten seitens SUBV dazu hingewiesen. Auch bei einer möglichen externen Ausschreibung einer Heizzentrale könne selbstverständlich vorgegeben werden, ein kleineres BHKW zu bauen. Aus Klimaschutzgründen werde ausdrücklich unterstützt, dass ein BHKW dort entstehe.

**Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:**

<b>Liste der prioritären Flächen, für die noch bis 2017 Baurecht geschaffen werden soll</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Herrn Bücking</b> am 1.12.2015	<b>Geplant am 10.03.2016</b>
<b>Sachstand zu den Bauleitplanverfahren „Fichtenhof“ und „Bilungstraße“</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Neumeyer</b>	<b>Geplant am 07.1.2016</b>
<b>Pressebericht „salzfreie Weser“</b>	Schriftlicher Berichtswunsch von <b>Frau Dr. Schierenbeck</b>	<b>Geplant am 11.02.2016</b>

**Herr Pohlmann** schließt die 4. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll